

Gold, beruhend
turreiner, edler
keit, ist durch
anagenherstel-

Gold, beruhend
turreiner, edler
keit, ist durch
anagenherstel-

Gold, beruhend
turreiner, edler
keit, ist durch
anagenherstel-

Gold, beruhend
turreiner, edler
keit, ist durch
anagenherstel-

Gold, beruhend
turreiner, edler
keit, ist durch
anagenherstel-

Gold, beruhend
turreiner, edler
keit, ist durch
anagenherstel-

Gold, beruhend
turreiner, edler
keit, ist durch
anagenherstel-

Gold, beruhend
turreiner, edler
keit, ist durch
anagenherstel-

Gold, beruhend
turreiner, edler
keit, ist durch
anagenherstel-

Gold, beruhend
turreiner, edler
keit, ist durch
anagenherstel-

Gold, beruhend
turreiner, edler
keit, ist durch
anagenherstel-

Gold, beruhend
turreiner, edler
keit, ist durch
anagenherstel-

Gold, beruhend
turreiner, edler
keit, ist durch
anagenherstel-

Gold, beruhend
turreiner, edler
keit, ist durch
anagenherstel-

Gold, beruhend
turreiner, edler
keit, ist durch
anagenherstel-

Gold, beruhend
turreiner, edler
keit, ist durch
anagenherstel-

Gold, beruhend
turreiner, edler
keit, ist durch
anagenherstel-

Gold, beruhend
turreiner, edler
keit, ist durch
anagenherstel-

Gold, beruhend
turreiner, edler
keit, ist durch
anagenherstel-

Gold, beruhend
turreiner, edler
keit, ist durch
anagenherstel-

Gold, beruhend
turreiner, edler
keit, ist durch
anagenherstel-

Gold, beruhend
turreiner, edler
keit, ist durch
anagenherstel-

Gold, beruhend
turreiner, edler
keit, ist durch
anagenherstel-

Gold, beruhend
turreiner, edler
keit, ist durch
anagenherstel-

Bochholter - Borkener

Arbeitsblatt des
Stadtrates Bocholt
Amtlicher Anzeiger
des Landratsamtes,
von Bürgermeistern
und Räten des
Landratsamtes.
Organ
des Landratsamtes

Nummer 19

Donnerstag, den 20. Januar

Anholt-Melburger Zeitung

Geschäftsstellen:
Bocholt, Melburger Str. 6.
Jornum, 22 und 27.
Hilte, 3. Heinrich.
Anholt, B. Wolling.
Wettig, 24. Parrao.
Verlagsort:
Bocholt 1.

Jahrgang 1927

Tagesfragen.

Nachdem Prinz Demela ausgesagt hat, ist uns neben einigen außerpolitischen Vorgängen von Bedeutung die eine Tagesfrage geblieben, die uns seit fünf Wochen beschäftigt: die Regierungstrife und ihre Lösung. Hat der junge Leitz die Stanzlage seines bewegten Lebens der menschlichen Schwäche „ewig gestriger“ zu verdanken, so wird man auch im Hinblick der 493 Reichstagsabgeordneten, die sich wieder in Berlin eingefunden haben sollen, nicht auf den Gedanken kommen, in Ergriffenheit die Verse des Griechen Sophokles zu deklamieren: Vieles Gewaltige lebt, doch nichts ist gewaltiger als der Mensch. Dem Reichstag fehlt der große Schwung, der geschlossene nationale Wille. Zuviele Weltanschauungen, zuviele wirtschaftliche Sonderinteressen stoßen dort aufeinander, und die Däse, die aus den von geschwägten Köpfen umflossenen Parteipuffen aufsteigen, beschwören wie giftige Gase die Köpfe und hemmen den Fortschritt. Und so wird es bleiben, solange das getriebene Wahlrecht nicht abgeändert wird. Das Wahlrecht mit den langen Listen, den großen Wahlkreisen und der Begünstigung der Parteipflichtung ist die stärkste Quelle für die unhaltbaren Zustände. Wird es nicht abgeändert, so kommt todlicher Parlamentarismus in Deutschland vor die Hunde. Ist er doch schon auf dem besten Wege dazu. Die Männer im Reichstag, die man als politische Köpfe ansprechen kann, sehen das ein. Marx, Wirth, Siegenwald, A. haben es offen ausgesprochen. Auch auf dem Hilteheimer Kongress der Zentrumspresse hat Siegenwald in diesem Sinne sehr deutliche, geradezu erschütternde Worte gesprochen, von denen wir wünschen möchten, daß er sie in seiner Fraktion wiederhole. Auch aus den übrigen bürgerlichen Lagern ertönt häufig der Ruf nach der Wahlreform. Zurückhaltend ist man allein auf sozialdemokratischer Seite. Diese Partei hat deshalb nur geringes Interesse daran, weil sie eine reine Massenpartei ist. Und doch merkt man gerade an ihr den Mangel an Auslese. 130 Abgeordnete hat sie im Reichstag, aber um die politischen Köpfe darunter zu zählen, reichen die Finger einer Hand aus. Die „Frankfurter Zeitung“ hat sich dieser Tage in einem langen Artikel darüber geäußert, daß die Sozialdemokratie, die doch die Kräfte verurteilt hat, nicht einmal den kleinen Finger zu ihrer Lösung rühre. Und wunderbar das nicht, denn wo die Führer fehlen, legt sich Trägheit auf die Waage. Diese sagt nur, was sie nicht will, aber die Entschlossenheit zur Tat fehlt. Und so beherrscht allein die Angst vor der Wählerkraft die ganze Gedankenwelt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Nur keine unpopuläre Tat, nur immer hübsch drauf achten, die Massen durch Agitationsandränge mobil zu halten! Darin erschöpft sich seit ein paar Jahren die sozialdemokratische Politik und Latenz im Reichstag. Und das ist einer der Hauptgründe, warum es nicht zur Großen Koalition kommt. Beim Sturz der Regierung Marx hat man das eben wieder einmal erlebt. Es wird also nicht leicht sein, mit der Sozialdemokratie das Wahlrecht zu reformieren. Aber der Versuch muß gemacht werden. Oder glaubt jemand, wenn jetzt oder später Neuwahlen kommen und dabei wieder die langen Listen aufgestellt werden, daß dann der Reichstag ein wesentlich anderes Gesicht aufweisen wird? Wird dies aber nicht erreicht, dann wird es bei uns weiter trüben, und wir werden nie zu den so dringend notwendigen stabilen Verhältnissen kommen. Gewiß braucht man in der Wahlreform kein Alibi-Mittel zur Behebung der innerpolitischen Schwierigkeiten zu erblicken. Aber kein nüchtern denkender Politiker wird leugnen können, daß wir schon einen gewissen Schritt vorwärts kämen, wenn beispielsweise auf Grund der Wahlreform die charakteristische Parteilichkeit eingedämmt würde und wenn nach Maßgabe der neuen Bestimmungen wieder mehr Persönlichkeiten sich im Wahlkampf um die Gunst der Wähler bemühen müßten. Das bisherige Wahlrecht hat entgegen dem Sinn einer gesunden Demokratie den Einfluß der Wählerkraft unterbunden. Angesichts des hilflosen Hin und Her, das wir jetzt wieder im Reichstag erblicken, braucht man sich nicht zu wundern, wenn da und dort die Überlegung Platz greift, ob es nicht das zweckmäßigste und beste wäre, einfach ein Kabinett zu schaffen mit der einzigen Aufgabe, dem deutschen Volk ein neues Wahlrecht zu geben und dann Neuwahlen auszusprechen. Und da die Neigung zu „politischem Selbstmord“ bei vielen Parlamentariern recht gering entwickelt ist, d. h. da der Reichstag in seiner jetzigen Zusammensetzung vermutlich recht wenig Eifer zur Annahme der Wahlreform bekunden wird, so braucht man weiterhin nicht erstaunt zu sein, wenn sich die Stimmen mehren, die die Forderung aufstellen, daß in Würdigung der unerträglichen Zustände, die uns durch die ewigen Regierungstrifen erwachen, die unerlässliche Wahlreform auf dem Verordnungswege vorgenommen wird. Wir haben allerdings hiergegen starke Bedenken. Denn ein Gesetz soll nicht durch eine Regierungsverordnung abgeändert werden. Um so mehr aber sei betont, daß die Vorlegung einer Wahlrechtsnovelle zu den dringlichsten Fragen gehören muß, die die neue Regierung zu erledigen hat, auf den Reichstag selbst aber wird ein Trommelfeuer der öffentlichen Meinung nicht ohne Wirkung bleiben.

Von der Deutschen und der Deutschnationalen Volkspartei wird dem Zentrum vorgeworfen, daß es sich gegen das parlamentarische System verführe, indem es die Mehrheitsbildung verhindere. Wenn das Zentrum nur wollte, dann sei eine sichere Regierungsmehrheit da. Es ist richtig, daß die Parteien vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen nach der Zahl der Abgeordneten zusammen die Mehrheit im Reichstag haben. Aber die Volkspartei steht gesamtlich darüber hinweg, wie außerordentlich zweideutig sich die Deutschnationalen in diesen Tagen zeigen. Hand aufs Herz! Haben sie nicht alles getan, um die Lage zu erschweren? Gibt es eine Partei, in der sich ein Wirrwarr in politischen Auffassungen herrscht wie bei den Deutschnationalen? Gestern erst haben wir eine Aufstellung der Widersprüche gebracht, die es einem unmöglich machen, den offiziellen Standpunkt dieser Partei zu erkennen. Man sagt es nicht, aber tatsächlich ist man, wie wir wohl wissen, in volksparteilichen Kreisen über die Rede des Grafen Westarp vom vorigen Sonntag sehr unangehalten. Hat er doch vor den deutschnationalen Angehörigen zur Frage der Staatsform und der Außenpolitik nach unmittelbaren Aufzeichnungen Ausführungen gemacht, die in absolutem Gegensatz zu den zwei Tage vorher schriftlich niedergelegten Versicherungen der Deutschnationalen an Dr. Curtius standen, die ja bekanntlich dazu bestimmt waren, das Zentrum zu direkten Verhandlungen mit den Deutschnationalen zu bringen. Während damals die Deutschnationalen zusicherten, daß sie die Staatsform anerkennen und den Staat und seine Einrichtungen schätzen, ebenso Locarno anerkennen und die Außenpolitik fortführen wollen, hat Graf Westarp in seiner Rede genau das Gegenteil gesagt. Dieser Vorgang sollte doch eigentlich der Deutschen Volkspartei recht eindringlich vor Augen führen, daß auf die Deutschnationalen in diesen Dingen verzweifelt wenig Verlaß ist. Wir möchten auch annehmen, daß es noch zu einer recht interessanten Auseinandersetzung zwischen Dr. Curtius und dem Grafen Westarp kommen wird. Vom ersten Weltman, daß er nicht der Mann ist, der sich in solcher Weise desabundieren läßt. Es kann nicht schaden, wenn er dem deutschnationalen Parteiführer einmal klar macht, was ein Wort unter Männern bedeutet. Die Deutschnationalen aber haben es sich unter solchen Umständen selbst zuzuschreiben, wenn man im Zentrum hartnäckig Widerstand leistet, mit ihnen den Regierungspunkt zu schließen.

An demselben Tage, an dem Graf Westarp seine auf den Gang der Verhandlungen des Reichstages Marx starke Einflüsse ausübende Rede gehalten hat,

erschien in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ein Artikel des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten und Staatsratsmitgliedes Dr. Steiniger, in dem sich u. a. folgende gegenüber der sonstigen Auffassung der Deutschnationalen geradezu lehrerliche Stelle befindet:

„Gewiß ist die Sozialdemokratie nicht die einzige Vertreterin der Arbeiterkraft. Große Massen der Arbeiterkraft stehen außerhalb der roten Parteien. Aber ebenso gewiß ist, daß trotz der Varmut- und Antisemitstunde unmittelbar nach ihnen sich zu den roten Parteien 7-10 Millionen Stimmen bekannnten. Es steht also ein überaus gewaltiger Teil des deutschen Volkes unter jenen Fahnen. Ohne die Arbeitermasse, die zum großen Teil in der Sozialdemokratie organisiert ist, aber eine einheitliche Haltung gegenüber dem Auslande undenkbar. Wenn der verordnete Reichspräsident Geert in der Tat ausgesprochen hat, es dürfe nicht wieder dahin kommen, daß der Arbeiter im Staat seinen Feind sähe, so hat er eines der wahrsten Worte der deutschen Geschichte ausgesprochen. Und wenn der frühere Minister Severing ausgesprochen hat, daß die sozialistischen Arbeiter in dem Bekenntnis zur schwarzroten Flagge ein Bekenntnis zu dem durch diese Flagge repräsentierten Staat ablegen, so war es ein Wort von der größten Bedeutung. Auf der anderen Seite ist nach den bisherigen Erfahrungen nicht damit zu rechnen, daß die Deutschnationalen unter dem herrschenden Wahlrecht jemals eine absolute Stimmenmehrheit erhalten werden. Sie müssen also, wenn sie nicht in der Opposition verharren, sondern den ihnen gebührenden Einfluß gewinnen und dem Willen ihrer Wähler entsprechend sich zur Geltung bringen wollen, auf absehbare Zeit Kompromisse schließen. Wenn es nicht anders geht, auch mit der Sozialdemokratie.“

Steiniger empfiehlt daher den Deutschnationalen und das sagt der Parteiführer Graf Westarp hierzu? Sozialdemokraten, sich baldigst die Hand zu reichen. Zwei Politiker derselben Partei und zwei Meinungen, die sich grundtief gegenüberschneiden! Zugleich ein Beweis dafür, daß diese Partei eine Axt durchzieht, die vielleicht schon bald zu offenem Spalt führen wird. Das Konglomerat von Konfessions-, Freikonservativen und Reichsliberalen, das die heutige Deutschnationalen Partei darstellt, läßt sich unter dem entsetzlichen Graf Westarp schwerlich noch lange zu zusammenhalten. Nach unserer Kenntnis der Dinge ist die Lage in der deutschnationalen Reichstagsfraktion so, daß die staatsfeindlichen und konfessionsfeindlichen Elemente sich ungeführt die Waage halten. Bezeichnen dafür war neuerdings die Abstimmung über die Stellungnahme zu dem von den Sozialdemokraten eingebrachten Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Marx. Dieser Beschluß ist, wie wir zu wissen glauben, mit zwei Stimmen Mehrheit gefaßt worden.

Rein Fortschritt.

Die Verhandlungen des Reichstages Dr. Marx.

Nachdem Reichstags Dr. Marx noch gestern Abend die Mitteilungen des Abgeordneten Hermann Müller über die Haltung des Vorstandes der sozialdemokratischen Fraktion entgegengenommen hatte, empfing er heute vormittag zunächst den Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Abgeordneten Dr. Scholz, zu einer erneuten Aussprache. Hieran schloß sich vor dem Zusammenritt der sozialdemokratischen Fraktion in den Mittagsstunden eine kurze Besprechung mit dem Abgeordneten Hermann Müller. Da sich die Befragung der verschiedenen Fraktionsbeschlüsse bis in die Abendstunden hinzog, konnten weitere Schritte zur Behebung der Regierungstrife seitens des Reichstages heute nicht mehr unternommen werden. Heute vormittag hat der Reichspräsident über den bisherigen Verlauf seiner Verhandlungen zur Bildung einer Regierung der Mitte Bericht erstattet.

Fraktionsbeschlüsse zur Lage.

Da das Plenum des Reichstages heute nachmittags um 3 Uhr zum ersten Mal im neuen Jahr zusammentrat, hielten die meisten Fraktionen im Laufe des Mittags Sitzungen ab. Mit Interesse sah man den Fraktionsführungen der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei entgegen. Über die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei erhält das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger folgendes Kompendium: Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nahm in ihrer heutigen Sitzung die Berichte der Abgeordneten Dr. Scholz und Dr. Curtius über den bisherigen Gang der Regierungsbildung entgegen. Die Fraktion sprach dem Abgeordneten Dr. Curtius den Dank für seine Führung der Verhandlungen aus und erklärte, daß die Fraktion die Verhandlungen durch die Zentrumskräfte die Frage nicht endgültig geklärt ist, ob die sachlichen Voraussetzungen für ein Zusammenwirken der deutschnationalen Fraktion auf innen- und außenpolitischen Gebiet gegeben sind. Die Fraktion betonte ihren Vorbehalt mit der Weiterführung der Verhandlungen und

Er richtete darin an die Parteien die Mahnung: „Hände weg von der deutschen Reichswehr! Die Reichswehr wird um so vollstümlicher sein, je mehr sie alle Teile des deutschen Volkes umfaßt. Wir wollen keine rechte und keine linke, sondern eine deutsche Reichswehr!“

Der Älteste Senat des Reichstages hielt vor der Plenarsitzung eine Sitzung ab. Mit Rücksicht auf die noch ungelärten Verhältnisse in der Frage der Rabinetsbildung soll zunächst die zweite und dritte Beratung des Gesetzesentwurfs über die Gerichtsbarkeit und Rechtsanwaltsgebühren stattfinden. Ferner ist die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs zur Verknüpfung der Geschlechtskrankheiten vorgesehen. Wegen der Landtagswahlen in Thüringen sollen in den Tagen vom 27. Januar bis einschließlich 2. Februar Plenarsitzungen nicht abgehalten werden.

Severing wieder im Reichstag.

Berlin, 19. Jan. Der ehemalige preussische Innenminister Severing hat heute seine parlamentarische Tätigkeit wieder aufgenommen. Er nahm, lebhaft begrüßt, an der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion teil. Unter der Überschrift „Der Weg aus der Krise“ beschäftigt sich Severing in der neuesten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ mit der Frage der Regierungsbildung und plädiert für die Beteiligung der Sozialdemokraten an der Reichsregierung.

Unrichtige Behauptungen über Dr. Brauns.

Berlin, 19. Januar. (Fig. Drahtb.) Die Zentrumskräfte des Reichstages hielt am Mittwoch 1 Uhr eine kurze Sitzung ab. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die nächste Sitzung ist auf Donnerstag mittags 1 Uhr anberaumt. Der Vorstand der Fraktion trat abends nach 6 Uhr zu einer mehrstündigen Aussprache zusammen. U. a. befaßte sich der Fraktionsvorsitzende mit einer Meldung, die sich in der Mittwoch-Abendausgabe der „Vossischen Ztg.“ findet und dahin lautet, daß Zentrum habe mit seinem Dementi über alle Behauptungen von einer beabsichtigten Reichsregierung des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns desavouiert, der auf eigene Faust ohne Wissen und ohne Einverständnis mit den führenden Persönlichkeiten des Zentrums oder gar der Fraktion den Reichsparteien gewisse Hoffnungen auf die Schwelung des Zentrums gemacht habe. Der Vorstand kam nach langer Beratung zu dem Ergebnis, daß diese Meldung jeder Grundlage entbehre. Der Vorstand des Dementis wurde nur der „Germania“ zur Veröffentlichung übergeben. Wie wir jedoch erfahren, hat Reichsarbeitsminister Dr. Brauns dem Vorstand erklärt, daß die Behauptung der „Voss. Ztg.“ unrichtig sei. Dr. Brauns legt seinerseits Wert auf die Feststellung, daß er wie die Fraktion die Meinung vertritt, daß die Lösung mit einer Regierung der Mitte unter Anlehnung nach links gefunden werde.

Immer langsam voran.

Von unserer Berliner Redaktion. Berlin, 19. Januar. (Drahtb.) Ein sichtbarer Fortschritt auf dem Wege, der zur Lösung der Regierungstrife zu führen vermöchte, konnte auch am Mittwoch nicht wahrgenommen werden. Zwar beschäftigen sich so ziemlich alle Fraktionen des Reichstages mit dem schwebenden Problem, zu eindeutigen hies- und hiesigen Beschlüssen kam es jedoch auf keiner Seite. Die dem deutschen Volk gestellte Gebuldsprobe fängt allmählich an, ein riesenhafte Ausmaß anzunehmen. Im Grunde genommen herrscht nur über die Haltung von zwei Parteien Klarheit: Das Zentrum will die Koalition der Mitte und die Deutschnationalen wollen unter allen Umständen in die Regierung. Die übrigen Fraktionen leiden unter starkem Mangel an Entscheidungsfähigkeit. Die Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion kann zwar den Anschein erwecken, als ob sich die Situation zu klären beginne. Aber bei näherer Betrachtung findet man wieder, daß die Verweigerung der Unterfertigung eines Kabinetts der Mitte sehr eingeschränkt ist, denn über Forderungen der Sozialdemokratie hinsichtlich Zusammensetzung und Programm eines deutschen Kabinetts wird einstweilen stillschweigend bewahrt. Allerdings weiß jedermann, daß Reichsarbeitsminister Dr. Geßler unter die Zusammensetzung fällt. Sofern seine Person allein in Frage käme, dürfte man wohl der Auffassung sein, daß eine Kabinettsbildung an dieser Spitze nicht schiffbruch führen würde, obwohl bekanntlich erhebliche Kräfte für das Verbleiben Geßlers am Werke sind. Wenn jedoch die Sozialdemokraten noch weiterhin Personalwünsche äußern und wenn sie vor allem ein sozialpolitisches Programm aufstellen sollten, das mehr auf Agitation als auf Verarbeitung in der Gesetzgebung zugeschnitten wäre, dann müßte das Kabinett allerdings an den sozialdemokratischen Forderungen scheitern. Ob es überhaupt soweit kommt, ist sehr fraglich. Die volksparteiliche Fraktion läßt nämlich in ihrem Beschluß durchblicken, daß sie an ein Kabinett mit Bindungen nach links höchstens zu 10 Proz. denkt.

